



## Antrag

der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

### EURATOM-Vertrag aufheben – Erhöhung der Finanzmittel ablehnen

Der Landtag wolle beschließen:

- 1. Die Landesregierung wird gebeten, die Bundesregierung aufzufordern, dem Vorschlag der EU-Kommission zur Erhöhung der EURATOM-Finanzmittel nicht zuzustimmen.**
- 2. Die Landesregierung wird gebeten, die Bundesregierung aufzufordern, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass der EURATOM-Vertrag mit dem Ziel der Beendigung der Nutzung der Atomenergie aufgehoben wird.**

Begründung:

Die Pläne der EU Kommission und einiger Mitgliedsstaaten, die Förderung von Projekten der Atomwirtschaft und der Nuklearforschung nicht nur fortzusetzen, sondern diese auch noch mit 2 Mrd. € (von 4 auf 6 Mrd. €) EU-Mittel aufzustocken, lehnt der Landtag ab.

Angesichts der Feststellung der EU-Kommission im Grünbuch „Versorgungssicherheit“, dass gegenwärtig nur noch drei EU-Mitgliedstaaten den Einsatz von Kernenergie zur Stromerzeugung befürworten, besteht eine gravierende Diskrepanz zu den Finanzspritzen aus dem EU-Etat zugunsten der Kernenergie und der Entwicklungen bei der Mehrheit der Mitgliedstaaten. Vielmehr sind mit Blick auf den Stellenwert der Kernenergienutzung in den mitgliedstaatlichen Energiepolitiken die Entscheidung der einzelnen Mitgliedstaaten über die Kernenergienutzung zu berücksichtigen und zu respektieren. Schon jetzt haben neben Deutschland drei weitere Mitgliedsstaaten (Belgien, Niederlande und Schweden) den Atomausstieg beschlossen.

45 Jahre nach Inkrafttreten von EURATOM gibt es keinen Grund, in der Europäischen Union weiterhin an der Förderung der Atomenergienutzung, wie es der EAG-Vertrag vorsieht, festzuhalten.

Die anstehende EU-Erweiterung hat die Unzulänglichkeit des EURATOM-Vertrages im Hinblick auf die nukleare Sicherheit in der Gemeinschaft verdeutlicht. Seit 1957 bis heute gibt es keine nukleare Sicherheitsnorm.

Statt ad hoc vermeintliche Nachbesserungen am Vertrag vorzunehmen, fordert der Landtag Schleswig-Holstein die Auflösung des EURATOM-Vertrages.

Eine Unterstützung der EU-Kommission ist bereits mit Blick auf ihre eigenen Feststellungen im Grünbuch Versorgungssicherheit nicht akzeptabel. Dort wird nicht nur die Importabhängigkeit der EU bei Kernbrennstoff von 95% herausgestellt und festgestellt, dass die EU nur über 2% der weltweiten Uranvorkommen verfügt, sondern auch darauf hingewiesen, dass die Vorkommen an Natururan nach jetzigem Stand für 40 Verbrauchsjahre reichen. Unabhängig von den in der Atomwirtschaft nach dem 11. September 2001 zu ziehenden Konsequenzen bilden diese Feststellungen der EU-Kommission keine Basis für eine an Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit zu orientierenden Energiewirtschaft.

Der Landtag plädiert für eine Auflösung des EAG-Vertrags und die Einführung einer Solarunion, die die Förderung regenerativer Energien vorsieht.

Deutschland wird im Jahr 2003 zu einer internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien einladen und an der Schaffung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien arbeiten.

Die Bundesrepublik unterstreicht damit nachdrücklich die Verpflichtungen, die sie beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg eingegangen ist.

Klimaschutz und Energiewende stellen nicht nur ein Plus für die Umwelt dar. Hier sind in den vergangenen Jahren Zehntausende neuer Arbeitsplätze entstanden

Die Atomkraft hat keine Zukunft, weder europäisch noch international. Künftig werden diejenigen am erfolgreichsten sein, die am schnellsten auf eine andere Energiepolitik umstellen.

Detlef Matthiessen  
und Fraktion

Wilhelm Malerius  
und Fraktion